

Manfred Bierwisch

Wissenschaften im Vereinigungsprozeß Versuch einer Bilanz

1 Einleitung

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat wie in fast allen anderen Bereichen auch in der Wissenschaft als Übertragung des bundesdeutschen Systems auf die ehemalige DDR stattgefunden. Das Ergebnis und die Voraussetzungen dieses komplexen Vorgangs werden in den Beiträgen dieser Studie untersucht unter dem leitenden Gesichtspunkt der Inhalte, Themen und Fragestellungen ausgewählter Disziplinen. Daß aus der Eingliederung der ostdeutschen Wissenschaft in die Bundesrepublik tatsächlich ein einheitliches Wissenschaftssystem hervorgegangen ist, dürfte keineswegs sicher sein, Feststellungen sind hier gewiß in nicht geringem Maß vom Standpunkt des Betrachters abhängig. Es läßt sich nicht nur die Auffassung vertreten, daß Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern sich von denen der alten Bundesrepublik in mannigfacher Weise unterscheiden¹; es ist vor allem kaum bestreitbar, daß die umstrukturierten oder neu gegründeten Institutionen der neuen Bundesländer in mancherlei Hinsicht anders sind als die des alten Bundesgebietes. Bereits die Raumlage, der Zustand der Baulichkeiten bedingen oft Unterschiede, die nur schwer eine bereits bestehende Einheit der Wissenschaftslandschaft zu konstatieren gestatten. Auch in anderer Hinsicht, etwa der technischen Ressourcen, bestehen noch immer Ausstattungsunterschiede, die auch die Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs beeinflussen können. Nicht zuletzt die Bibliotheken der umstrukturierten oder neugegründeten Institutionen können aus einsichtigen Gründen vielfach Standard und Bestückung tradi-

¹ Vgl. etwa die in der Einleitung des Bandes zitierte Auffassung von Jens Reich (Reich (1996): 51), die auf mentalen Typus, Verhaltensweise und soziale Lage Bezug nimmt.

tionsreicher Einrichtungen nicht erreichen.² Alle diese Differenzen hängen, wie im weiteren noch zu erörtern sein wird, häufig direkt mit den Inhalten verschiedener Fächer zusammen: die angemessene Bibliotheksausstattung ist in einem Institut für Soziologie ein anderes Problem als in einem naturwissenschaftlichen Fachbereich, wo wiederum Unterschiede durch moderne Laboranforderungen bedingt sein können.

In diesem bilanzierenden Abschnitt der Untersuchung soll der Frage nachgegangen werden, ob und wie sich in der - zumindest der Absicht nach - einheitlichen Wissenschaftslandschaft der inhaltliche Charakter der Wissenschaft gewandelt hat, welche Änderungen in dieser Hinsicht insgesamt zu registrieren sind. Wegen der offensichtlichen Asymmetrie des Vereinigungsprozesses wird vor allem zu fragen sein, was aus den Traditionen und Themen der ostdeutschen Forschung geworden ist, ob und wieweit insbesondere Nach- und Weiterwirkungen spezifischer Gehalte, Problemstellungen und Methoden der Wissenschaften aus der DDR auszumachen sind, wo sie zu erwarten sein könnten, warum sie in bestimmten Fällen auftreten oder ausgeblieben sind, was schließlich an Möglichkeiten und Themen im vereinigten Deutschland insgesamt hinzugekommen ist.

Natürlich ist die damit ins Auge gefaßte Gewinn- und Verlustaufstellung aus vielerlei Gründen mit Unsicherheiten behaftet, nicht zuletzt, weil im Grunde auch kontrafaktische Fragen zu beantworten wären: Was von den im Einigungsprozeß aufgegebenen oder verlorengegangenen Themen und Traditionen hätte erhalten werden können und sollen? Was wären die Voraussetzungen dafür gewesen? Aber selbst schlichte Fragen wie: Was ist erhalten geblieben? Was hat sich geändert? können sich als überraschend kontrovers erweisen.

In jedem Fall tut man gut daran, wenn man sich solche Fragen stellt, ihnen zunächst eine gewisse Ordnung zu geben, sich zu vergewissern, wie einschlägige Befunde zu konstatieren sein könnten und wie sie zu bewerten wären, und nicht zuletzt, womit sie in Zusammenhang zu bringen sind.

2 Gesichtspunkte und Kriterien

Die Fragestellung in diesem Abschnitt - wie in der gesamten Untersuchung - ist in Wahrheit bewußt asymmetrisch, aus Gründen, die zwar offensichtlich, aber nicht selbstverständlich sind: Ausgehend vom Status quo der Wissenschaft in der

² Diese Probleme unterscheiden sich von der Situation etwa der Universitätsneugründungen der 70er Jahre - nicht nur weil sich inzwischen die allgemeine Haushaltslage verändert hat, sondern weil es sich in den neuen Bundesländern weitgehend eben nicht um Neugründungen handelt, sondern um Institutionen mit Vorgeschichte und Lasten.

DDR mit ihren inneren und äußeren Bedingungen sollen die eingetretenen kognitiv-inhaltlichen Veränderungen erfaßt werden. Die komplementäre Frage, wie sich der Status quo für Inhalte und Fragestellungen alt-bundesdeutscher Wissenschaft im Einigungsprozeß verändert hat, hat einen grundsätzlich anderen Charakter und ist in den hier zu resümierenden Untersuchungen nicht thematisiert worden. Sie kann den Versuch der Bilanz daher allenfalls als Folie und Hintergrund begleiten, wird aber indirekt im abschließenden Beitrag zum Zuge kommen.

Nimmt man die alles andere als homogene Verfassung der Wissenschaften in der DDR als Ausgangspunkt, so sind in bezug auf Themen, Gehalte, Problemstellungen und Methoden drei Fragen zu stellen:

1. Was ist erhalten geblieben?
2. Was ist hinzugekommen?
3. Was ist verlorengegangen oder entfallen?

Die Antworten auf die Fragen 2. und 3. sind nicht umstandslos als Gewinn und Verlust zu verrechnen, da die unter 3. zu verhandelnden Gegenstände und Methoden sehr wohl zu unterteilen sind in solche, deren Wegfall einen Gewinn an Spielraum, zumindest aber eine Entlastung darstellt, und solche, deren Aufhören sich früher oder später als Verlust erkennen lassen wird. Zu diesem Punkt gehört insbesondere die Frage, was praktisch und realiter hätte erhalten werden können, als Folge der Vereinigung aber verlorengegangen ist.

In bezug auf die Frage 2. analog zu unterscheiden zwischen willkommenen, produktiven Ergänzungen und solchen, die eher eine Behinderung darstellen, scheint dagegen wenig plausibel, zumindest bezüglich der Themen und Methoden, denn die Konstatierung neuer thematischer oder methodischer Behinderungen würde auf die Behauptung ideologischer Bevormundung hinauslaufen - eine These, die auch kritische Kommentatoren kaum im Ernst vertreten können.³ Das gilt übrigens nicht notwendig für die institutionellen Bedingungen, bei denen neue Sachzwänge ein durchaus offenes Problem sind, das hier aber nicht Gegenstand der Betrachtung ist.

Schließlich ist bezüglich der Frage 1. die keineswegs selbstverständliche, aber wichtige Unterscheidung zu treffen zwischen Themen und Verfahren, die dem allgemeinen wissenschaftlichen Kanon angehören, und solchen, die spezifische Traditionen der Wissenschaft in der DDR darstellen. Die letzteren wären dann Momente, die aufs Ganze gesehen eine Veränderung des aus den alten Bundes-

³ Dieser Befund ist nicht zu verwechseln mit der Tatsache, daß gewisse Probleme oder auch Methoden in den Hintergrund treten, weil andere Fragestellungen oder Bedingungen, die in sich durchaus zwingend sind, Aufmerksamkeit und Kapazitäten binden. Dieses Problem wird im Folgenden explizit erörtert.

ländern übertragenen Wissenschaftskanons darstellen würden. Diese Möglichkeit hat in den Untersuchungen der Arbeitsgruppe eine spezifische Rolle gespielt und wird hier aufzugreifen sein.

Die in diesem Sinn geordneten Fragen sind nun in Beziehung zu setzen zu den Faktoren, die die Entwicklungen des Vereinigungsprozesses bedingt haben. Hier muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß inhaltliche Bedingungen immer auch mit institutionellen Voraussetzungen verbunden sind, daß also die Einflüsse von Abwicklung und Umstrukturierung der Institutionen auch bei den hier zu verfolgenden Fragen nicht ohne Bedeutung sind, obschon die Arbeitsgruppe sich im Prinzip mit dieser Thematik nicht befaßt hat.

Im Zusammenhang damit stehen Fragen der personellen Bedingungen, die für Chancen und Risiken der Entwicklungen im Einigungsprozeß eine gravierende Rolle spielen. Die durch die politischen Bedingungen und die fächerspezifischen Differenzen geprägten Voraussetzungen für das Wirken des wissenschaftlichen Personals müssen entsprechend berücksichtigt werden. Auch dies war nur bedingt eine Fragestellung der Arbeitsgruppe; die nicht nur indirekt wirkenden Momente der persönlichen Bedingungen vor und während des Einigungsprozesses hängen jedoch mit Gewinn und Verlust in der entstehenden Themenlandschaft ganz unmittelbar zusammen und können daher nicht umgangen werden.

Die eigentlichen Gesichtspunkte der hier zu versuchenden Bilanz betreffen die methodischen und die inhaltlichen Aspekte der Wissenschaft. Aus Gründen, die in den beiden vorangehenden Kapiteln grundsätzlich dargestellt sind, ist dabei prinzipiell die Unterschiedlichkeit der Fächer und Wissenschaftszweige, insonderheit die unterschiedliche Art der Politikabhängigkeit und der parteilichen Einflußnahme in Rechnung zu stellen.

Für die Fragen 1. bis 3. ergeben sich damit Bedingungen, die mit unterschiedlichem Gewicht zu Buche schlagen und in die Faktoren

- a) institutionelle Gegebenheiten
- b) personelle Bedingungen
- c) methodische Orientierungen
- d) inhaltliche Momente

zu gliedern wären. Das damit angedeutete mehrdimensionale Ordnungsraster soll in den folgenden Abschnitten nicht schematisch, sondern in Form zusammenfaßbarer Grundlinien ausgefüllt werden.

3 Die politisch-institutionellen Grundentscheidungen

Die Randbedingungen für den Vereinigungsprozeß auf dem Gebiet der Wissenschaft wurden durch zwei Grundentscheidungen festgelegt, deren Ziel die Schaffung einer einheitlichen deutschen Wissenschaftslandschaft war, die von den im Vereinigungsprozeß Handelnden einhellig und eindeutig gewollt wurde. Ob dies sinnvoll oder gar unvermeidlich war, welche Alternativen zu welchem Preis möglich gewesen wären, ist ein außerordentlich strittiges Thema. Unstrittig ist die zu Beginn der Vereinigung fixierte Zielstellung einer einheitlichen Wissenschaftsstruktur. Um diese Vereinheitlichung zu erreichen, die sich unter Hintanstellung begründbarer Bedenken oder zu erwägender Alternativen weitestgehend am Modell der Strukturen und Institutionen der alten Bundesländer orientierte, wurden zwei Prozesse in Gang gebracht, deren Ergebnis die Entwicklung von Forschung und Lehre in der ehemaligen DDR entscheidend geprägt haben:

1. Für die Akademie der Wissenschaften der DDR - wie auch die Akademien der pädagogischen Wissenschaften, der Landwirtschaftswissenschaften, für Staats- und Rechtswissenschaft sowie die Bauakademie - wurde ein Fortbestehen im Rahmen der gewollten Vereinigung der Wissenschaft als nicht realisierbar befunden und ihre Auflösung als Institution beschlossen, was einer vollständigen Neukonstituierung der außeruniversitären Forschung entsprach.

2. Die Universitäten der ehemaligen DDR wurden einer durchgreifenden Evaluierung und einer darauf gegründeten Neustrukturierung mit sehr weit gehenden personellen und institutionellen Einschnitten unterzogen.

Diese beiden Prozesse waren die Folge von Beschlüssen, die im Juli 1990 von den Ministerien für Forschung und Technologie der beiden deutschen Staaten herbeigeführt wurden und in die entsprechenden Bestimmungen des Einigungsvertrages eingingen. Die Ausarbeitung von Empfehlungen für die konkrete Umsetzung dieser beiden parallelen, aber durchaus verschiedenen Prozesse wurde dem Wissenschaftsrat übertragen. Die Empfehlungen sollten als Ergebnis einer Evaluierung der ostdeutschen Institutionen und Projekte zustande kommen, die sich einerseits an Standardverfahren wissenschaftlicher Begutachtung orientieren sollte, wie sie der Wissenschaftsrat bei anderen Gelegenheiten vorzunehmen berufen war, die sich andererseits allerdings darauf einzustellen hatte, daß hier von Standardvorgängen mit lediglich quantitativ erweitertem Zuschnitt keine Rede sein konnte.

Was immer an Einwänden zu diesen Beschlüssen und ihrer Umsetzung vorgebracht werden kann, sie waren in wesentlichen Punkten unvermeidlich und durchaus von beiden Seiten gewollt, denn: Eine nicht in das bundesdeutsche Gesamtsystem eingeordnete ostdeutsche Wissenschaftslandschaft hätte sowohl na-

tional wie international deutlich schlechtere Chancen und geringere Konkurrenzfähigkeit besessen. Die eingangs erwähnten Ungleichheiten wären dann nicht eine Frage des Blickwinkels oder des Standpunkts; die Ungleichheiten wären ohne diesen Prozeß eindeutig, massiv und würden weitgehend zu Lasten der neuen Länder gehen. Man muß die Einzelheiten, durch die eine solche Situation geprägt gewesen wäre, nicht ausmalen; die Tatsache, daß die Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR, die nach einem vor der Vereinigung ventilierten Vorschlag in einen eigenen Akademie-Institute-Verbund unter dem Dach einer Leibniz-Gesellschaft - gedacht in etwa als Pendant zur Max-Planck-Gesellschaft - überführt werden sollten⁴, keinen Träger und keine Perspektive gehabt hätten, macht das an einem zentralen Exempel deutlich. Daß eine Trägerschaft in der Tat nicht zu erwarten war, ist, wie Dieter Simon im Rückblick 1992 feststellt, mit der am 3. Mai 1990 verkündeten Wiederbegründung der fünf ostdeutschen Bundesländer besiegelt gewesen.⁵ Der Umkehrschluß allerdings, daß nämlich ein oder zwei politisch starke neue Bundesländer anstelle der Zersplitterung in fünf bzw. sechs schwache Einheiten der DDR-Akademie eine Basis gegeben hätten, ist damit noch keineswegs begründet. Die Erwartung, die belasteten DDR-Institutionen zugunsten effizienter Einrichtungen nach bundesdeutschem Vorbild mit bundesdeutscher Einbindung und vor allem mit bundesdeutscher Bestandssicherung zu errichten, wäre vermutlich dennoch übermächtig - und keineswegs unbegründet - gewesen. Diese Feststellung bleibt auch dann gültig, wenn Versäumnisse und Verzerrungen unterschiedlicher Art bei der Umsetzung der genannten beiden Beschlüsse vernünftigerweise nicht zu bestreiten sind. Daraus ergibt sich aber die eindeutige Folgerung, daß im Zweifelsfall grundsätzlich die westlichen Normen Gültigkeit über davon abweichende Bedingungen sozialistischer Provenienz erlangten. Ein Umstand, der auf die anstehende Thematik allenfalls im Sinn der ausgebliebenen Wirkung Einfluß hat, war die Tatsache, daß aus mannigfachen Gründen die Evaluierung sich zunächst ausschließlich auf die Institutionen, Personen und Projekte der vormaligen DDR bezog und auch später in bezug auf das alte Bundesgebiet zunächst weitgehend Absichtserklärung geblieben ist. Insofern hat die Vereinigung durch Evaluierung und Umstrukturierung zwar Bedarf und Platz für westliches Personal in den neuen Ländern geschaffen, aber in keiner Weise um-

⁴ Neben anderen Versionen ist dieses Konzept ausgeführt in dem "Vorschlag für eine Einordnung der AdW in eine gemeinsame Forschungslandschaft von BRD und DDR" sowie der "Vorlage für die Sitzung des Senats der AdW August 1990", abgedruckt in Jahrbuch 1990/91 (1994): 265-267 u. 340-350.

⁵ Simon (1992). Zum institutionellen Aspekt der Umwandlung der AdW der DDR vgl. im einzelnen Mayntz (1994).

gekehrt, auch wenn es Kandidaten gegeben haben sollte - ein Problem, auf das zurückzukommen ist.

Schwer dingfest zu machen ist ein anderer in diesen Zusammenhang gehörender Effekt: An der Evaluierung und Umstrukturierung hat ein beträchtlicher Teil des bundesdeutschen akademischen Personals teilgenommen, d.h. an jenen Besichtigungen vor Ort und den darauf aufgebauten Entscheidungen, in denen die angestrebte einheitliche Wissenschaftslandschaft geschaffen wurde. Es ist gewiß keine unplausible Vermutung, daß die Erfahrungen, die in diesem Prozeß gemacht wurden und die für viele die erste intensivere Begegnung mit ostdeutschen Wissenschaftsbedingungen war, nicht ohne Folgen für die weitere Tätigkeit der Betroffenen geblieben sind, von schnellen Mißverständnissen, natürlicher Ratlosigkeit oder Scheu bis zu immer wieder unerwarteten Einsichten.

In jedem Fall ergibt sich aus den genannten Rahmenbedingungen und ihren Folgen der Grund für die ziemlich offensichtliche Tatsache, daß Untersuchungen über die Wirkungen des Einigungsprozesses auf den kognitiven Aspekt der Wissenschaften im wesentlichen nur in bezug auf die neuen Bundesländer anzustellen sind. Selbst ein in seinem programmatischen Anspruch nicht so eindeutig gescheitertes System hätte ja Momente seiner wissenschaftlichen Orientierung nur zur Geltung bringen können, wenn es dafür über personelle und institutionelle Grundlagen hätte verfügen können. Die aber konnten aus den angedeuteten Gründen als eigenständige Basis in den neuen Bundesländern kaum entstehen, unabhängig davon, ob es Themen und Orientierungen gegeben hätte, denen sie hätten dienen können.

4 Personelle Bedingungen

Die personellen Bedingungen, die für den kognitiven Gehalt wissenschaftlicher Tätigkeit von Belang sind, hängen eng mit dem jeweiligen institutionellen Rahmen zusammen. Gleichwohl scheint es angezeigt, auf eine Reihe von Aspekten gesondert einzugehen, da das Weiterwirken und die Umgestaltung wissenschaftlicher Inhalte nur denkbar ist, soweit die Träger dieser Inhalte und Kenntnisse ihnen Wirkung verschaffen können. Aus dieser Wirkungsmöglichkeit sind gewisse Personengruppen aus zwei nicht immer voneinander unabhängigen Gründen herausgefallen:

Im engeren Sinn politisch bedingt ist das Ausscheiden von Personen aufgrund sogenannter „Systemnähe“, d.h. der Wahrnehmung von Leitungsfunktionen oberhalb einer bestimmten Stufe, sowie höherer oder hauptamtlicher Funktionen in den Parteien und Massenorganisationen der DDR oder aber wegen nachgewie-

sener Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit. Die Art, in der die Funktionseleiten der DDR rekrutiert wurden⁶, führt dazu, daß diese Klassifizierung keine Einteilung nach fachlicher Kompetenz und wissenschaftlicher Kreativität mit sich bringt: zwar wurden viele Karrieren durch die Partei auch unabhängig von Sachkompetenz gefördert, doch war das Führungspersonal der DDR-Wissenschaft eben keineswegs ohne einschlägigen Sachverstand. Das bedeutet, daß ein gewisser Teil der durchaus qualifizierten wissenschaftlichen Elite der DDR mit deren Ende aus der Wissenschaft ausschied, ein Vorgang, der sich aufgrund der Altersstruktur der DDR-Eliten nicht selten als mehr oder weniger natürlicher Übergang in den Ruhestand vollzog.⁷

Auf ganz andere Art ist das Ende regulärer wissenschaftlicher Tätigkeit mit politischen Bedingungen dort verbunden, wo die Evaluierung und Neustrukturierung zur Auflösung von Institutionen und Projekten mit entsprechenden Kündigungen geführt hat. Hier waren zwar im Prinzip ausschließlich oder doch vorrangig sachliche Gründe wirksam, doch ist deren Zustandekommen einem komplizierten Gemisch von politischen und persönlichen Faktoren zuzuschreiben: Wissenschaftliche Karrieren wurden in der DDR vielfach aus politischen Gründen be- oder verhindert, wissenschaftliche Entwicklungs- und Kommunikationsmöglichkeiten waren eingeschränkt; hinzu kam aber oft auch der Mangel an Motivation, die ohne sachbezogene Konkurrenz und wissenschaftliche Erfolgsmöglichkeiten nur schwer entstehen kann, sowie die grundsätzlich begrenzte und in ihrer Begrenztheit dann auch hingenommene Mobilität (wissenschaftliche Laufbahnen verliefen häufig im Rahmen einer einzigen Institution), schließlich die bekannte, oft als Abschirmung akzeptierte und zur Bequemlichkeit tendierende Nischenexistenz mit dem daraus resultierenden verbreiteten Mittelmaß. Das alles hat für einen bestimmten Teil des wissenschaftlichen Personals schlechte Startbedingungen in der vereinigten Wissenschaftsentwicklung ergeben. Dieses Handicap wurde vor allem da wirksam, wo nach westdeutschem Maßstab überproportionale Mittelbauausstattungen rigoros abgebaut wurden.⁸

⁶ Vgl. dazu im einzelnen das Kapitel "Wissenschaft und Politik in der DDR".

⁷ Dieses politisch bedingte Ausscheiden eines Teils des Führungspersonals wurde übrigens nachdrücklich von Mitarbeitern der entsprechenden Institutionen eingefordert - ein Beispiel ist die "Adlershofer Erklärung" zur Vergangenheitsbewältigung der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR vom 20. Dezember 1990, abgedr. im Jahrbuch 1990/91 (1994): 437-439 - und darf insoweit nicht als Oktroi westdeutscher Wissenschaftspolitik angesehen werden.

⁸ Eine nicht sehr belastbare, aber doch in groben Zügen aufschlußreiche empirische Studie über den erheblichen (in der Größenordnung von 25 bis 30 % liegenden) Anteil der aus Mangel an Bedarf oder aus mangelnder Qualifikation ausgeschiedenen

Die politischen und die fachlichen Defizite kongruieren, wie man sieht, vielfach nicht, und zwar unabhängig von den Disziplinen und Institutionen: Ausscheiden mußten nach der Vereinigung gelegentlich Personen, die sich im alten Regime zurückgehalten und von den mitunter kompromittierenden, aber karrierebildenden Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht hatten, die aber - zum Teil eben deshalb - unter den reduzierten Stellenbedingungen der Nachwendezeit das Nachsehen hatten. Konflikte dieser Art stellen sich den Betroffenen verständlicherweise als zweite politisch bedingte Zurücksetzung dar.

Der personelle Reduzierungsprozeß hat Professorenschaft und Mittelbau aus unterschiedlichen und in beträchtlichem Maße auch fächerspezifischen Bündeln von Ursachen betroffen. Zwei Punkte, die für die hier verfolgten Fragen von Belang sind, betreffen aber die Professorenschaft und das frühere Führungspersonal der DDR-Forschung fachunabhängig.

1. Aufgrund der systemspezifisch in der DDR verhinderten Autonomie der Wissenschaft gab es de facto keine Gremien akademischer Selbstverwaltung und mithin auch keine dort zu machenden Erfahrungen und keine einschlägigen Fertigkeiten. Die weitgehend unter Kontrolle der Partei und der sogenannten Massenorganisationen vollzogenen Planungs- und Entscheidungsprozesse in den Leitungen und Beratungsgremien der Institutionen bezogen zwar durchaus wissenschaftlichen Sachverstand ein, soweit er nicht den Führungsanspruch der Partei in Frage stellte, doch waren die damit verbundenen Formen der Einflußnahme und der Meinungsbildung von denen demokratisch-kompetitiver Erörterung und Entscheidungsbildung bewußt und deutlich verschieden: Keines der Gremien, die die „Transmissionsriemen“ der Partei auf dem Gebiet von Forschung und Lehre darstellten, hatte die Selbständigkeit normaler Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Folgerichtig gehörte das Personal, dem die wie auch immer geartete Führungskompetenz zukam, weitgehend dem aus den bereits genannten Gründen ausscheidenden Personenkreis an: Mit Leitungsbefugnis sowie der Organisation vor allem der studentischen Ausbildung, aber auch der Forschung waren überwiegend Personen befaßt, die im Prozeß der Umstrukturierung ausscheiden mußten, eben weil sie zuvor Verantwortungsträger waren. Die Leitungserfahrung, worin immer sie unter den Verhältnissen des realen Sozialismus bestanden hat, war weitgehend, wenn auch keineswegs systematisch oder gar lückenlos mit den Personen, die sie repräsentierten, suspendiert worden. Das heißt umgekehrt, daß das aktive wissenschaftliche Personal aus DDR-Institutionen nur begrenzt Erfahrung und Fertigkeit in wissenschaftsorganisatorischen Praktiken, die denen

Wissenschaftler ist die Fragebogenerhebung, über die Pasternak (1996): 47-59, berichtet.

der Kollegen und Kolleginnen aus den alten Ländern vergleichbar waren, hatte sammeln können.⁹ Das hat, neben der in der Vereinigungssituation selbst liegenden Asymmetrie, viel dazu beigetragen, daß die Teilnahme von Personen aus den neuen Ländern an den Evaluierungs- und Konzipierungsgremien zwar immer angestrebt wurde, aber schwierig zu realisieren und daher begrenzt und fast niemals prägend war. Anders ausgedrückt, auch da, wo Personal aus den neuen Ländern an Struktur-, Berufungs- oder anderen Entscheidungsgremien beteiligt war, lagen die bestimmenden Funktionen fast stets in der Hand der Mitglieder aus den alten Ländern. Diese Asymmetrie hat mit dem Umstrukturierungsprozeß nicht aufgehört. Auch die neu entstandenen Personalverhältnisse, die in der Professorenschaft - weniger im Mittelbau - deutlich gemischt sind, nicht selten paritätisch, werden in Gremien und in Entscheidungsprozessen von den aus den alten Ländern Hinzugekommenen geprägt in einem Maß, das vom tatsächlichen Mischungsverhältnis oft deutlich abweicht. Dies alles sind Momente, die sich aus mehr oder weniger offensichtlichen Bedingungen des Einigungsprozesses ergeben. Sie gelten natürlich nicht ausnahmslos - man kann leicht auf interessante und bedeutsame Beispiele und Personen hinweisen, die diesem Muster widersprechen -, aber sie stellen deutlich ausgeprägte Tendenzen dar. In ihnen zeigt sich überdies eine so zweifellos gar nicht beabsichtigte Facette der Tatsache, daß der Vereinigungsprozeß als Übertragung des bundesdeutschen Systems auf das Beitrittsgebiet vor sich gegangen ist. Dabei ist an dieser Stelle gar nicht unmittelbar der Personaltransfer gemeint, sondern der über diesen Umschlag von Personen oft deutlich hinausgehende Wirkungsgrad der impliziten Normen, Erfahrungen und Verhaltensmechanismen. Allerdings wäre es für die Wissenschaft der neuen Länder - unbeschadet dieser komplizierten Aspekte - vermutlich verhängnisvoll gewesen, wenn dieser Transfer mit seinen verändernden Bedingungen nicht stattgefunden hätte: Die ohnehin eingeübte ostdeutsche Neigung zur Immobilität, gepaart mit ungutem Abschirmungsbedürfnis und alten Loyalitäten, hätte leicht langwierige Stagnation bewirken können.

⁹ Für einen charakteristischen Beispielfall, die Mitwirkung im Wissenschaftsrat, beschreibt Simon diesen Befund szenisch sehr anschaulich: "Die ostdeutschen Gutachter waren deutlich in der Minderheit. Das war teils eine rein technische Folge des zu kleinen Reservoirs an fachlicher Kompetenz (...). Die ostdeutsche Seite kam vielfach nicht zu Wort, weil sie in der Minderheit war, und weil das Wort zu ergreifen Routine verlangt, den Willen, gehört zu werden, die Absicht, sich durchzusetzen: Bescheidenheit und Unterlegenheitsgefühle sind keine guten Verbündeten einer Minderheit. Die Westdeutschen waren häufig unfähig, wiewohl nicht unwillig, zuzuhören. Zuhören ist schon an sich schwer. Professoren sind von Haus aus nicht Zuhörer, sondern Zuredner." Simon (1992): 31ff.

2. Aus den zuvor genannten, mit Sozialisation und Karrieretyp zusammenhängenden Faktoren ergibt sich zu einem Teil auch, daß und warum der Personentransfer nach der Vereinigung auf extreme Weise einseitig geblieben ist - nicht nur im zahlenmäßigen Verhältnis. Die Hauptursache dieser Einseitigkeit ist eben die Tatsache, daß die Neustrukturierung nur das neue Bundesgebiet betraf und - trotz des längst bestehenden Reformstaus - nicht die alten Bundesländer, und daß die Evaluierung, wie erwähnt, nur schleppend auf diesen Teil des Gesamtsystems ausgedehnt wird.¹⁰ Ein auch nur entfernt vergleichbarer Personalbedarf war mithin in den alten Ländern nicht gegeben, die akademische Migrationsrichtung war eindeutig vorgezeichnet. Wichtig für das fast völlige Ausbleiben des Transfers von Ost nach West ist aber darüber hinaus der Umstand, daß Konkurrenten aus den neuen Ländern vielfach unterliegen, wenn sie sich um Stellen in den alten Ländern bemühen, und oft in den Wettbewerb auch gar nicht erst eintreten. Hier wirkt sich vermutlich ein weiteres Mal der im vorigen Punkt beschriebene biographische Erfahrungsunterschied aus. Diese Einsinnigkeit der Mobilität betrifft die nicht mehr am Anfang ihrer Laufbahn stehenden Wissenschaftler aufgrund ihrer Erfahrungen und Gewohnheiten. Eine merkliche Änderung zeichnet sich in der nächsten, nicht mehr unter den Bedingungen der Teilung sozialisierten Generation ab, die sich auf die Möglichkeiten und Zwänge der faktisch vollzogenen Einheit einzustellen beginnt. Für diese Generation könnte - mit allen Komplikationen und Brüchen - die angestrebte einheitliche Wissenschaftslandschaft Realität werden, und zwar so, daß nach den Themen und Methoden der DDR-Wissenschaft kaum mehr zu fragen sein wird.

Hinter den skizzierten, zunächst noch deutlich wirksamen, Asymmetrien stecken vielschichtige und komplizierte Bedingungen der Vorgeschichte. Ihre Auswirkungen sind hier insofern von Belang, als das Weiterwirken von Inhalten und Methoden der Wissenschaft nicht nur an die Mitwirkung und die Handlungsmöglichkeiten der sie tragenden Personen gebunden sind, sondern weil die Inhalte oft nur schwer getrennt werden können von der Art, in der ihre Repräsentanten sie vorstellen und umsetzen. Mit anderen Worten, die Weiterführung eigener und die Übernahme neuer Vorstellungen hängt direkt mit der Durchsetzungskraft von Personen zusammen.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle auch auf die Asymmetrie in der umgekehrten Richtung hingewiesen: Die Repräsentanten der Wissenschaft der

¹⁰ Gewisse Rückwirkungen finden sich im jetzt im Gang befindlichen Prozeß der Evaluierung der Blaue-Liste-Institute der alten Bundesländer durch den Wissenschaftsrat. Die dabei zu machenden Beobachtungen können in die hier versuchte Bilanz aus vielen Gründen nicht einbezogen werden.

alten Bundesländer waren notwendigerweise die Strategen und Akteure der Neugestaltung und die Handelnden in dem als „Durchmischung“ des Personals und Strukturerneuerung der Institutionen allseits gewollten Transferprozeß; bei ihnen lagen folglich auch die praktischen Gestaltungsmöglichkeiten, die Chancen und Risiken der Entscheidungen mit all ihren Belastungen, Erfolgen und Fehlschlägen. Dabei unterlagen sie selbst keiner Evaluierung, und die Notwendigkeiten des Anpassungsprozesses betrafen sie allenfalls insofern, als die Aufgaben und die Bedingungen in den neuen Wirkungsstätten sich von den gewohnten gelegentlich doch schroff unterschieden. Nicht auszuschließen ist auch die erwähnte indirekte Wirkung, die als Erfahrung aus dem Evaluations- und Umgestaltungsprozeß in die Grundlagen späterer Entscheidungen und Urteilsbildungen eingeht. Die dabei eintretende Kontamination kann sehr wohl ein Moment des Einigungsprozesses sein.

5 Inhaltliche Aspekte

Fragt man auf dem Hintergrund dieser Gegebenheiten nun nach den inhaltlichen Änderungen und Kontinuitäten, so wird die mehrfach erwähnte Spezifik der Fächer zu einem dominanten Moment. Dennoch sind zunächst zwei Feststellungen zu treffen, die diese Spezifika übergreifen.

Ganz generell und ohne Spezifizierung im einzelnen ist zunächst der allgemeine Öffnungseffekt, der Wegfall von Behinderungen und Verkrampfungen festzuhalten, an dem alle Disziplinen teilhaben. Das betrifft nicht nur den Umstand, daß mit dem bevormundenden, reglementierenden Herrschaftssystem auch die Einschränkungen in allen Bereichen von Kommunikation und wissenschaftlichem Austausch entfallen sind und der Anschluß an die internationale Wissenschaftsentwicklung zu einer herausfordernden Selbstverständlichkeit für alle und nicht nur für privilegierte Einzelne geworden ist. Es geht auch die Themen und Inhalte an, mit denen die Wissenschaft sich zu befassen hat: weder ideologische Tabus noch engstirnig vorgegebene Nutzungsaufgaben beengen noch die Wahl und Formulierung von Projekten und Problemstellungen. Man muß diesen Aspekt durchaus als Gewinn verbuchen, der in der Rückkehr zur normalen Wissenschaft besteht - mit den allgemeinen Perspektiven, Chancen und Risiken. Daß diese Möglichkeiten auf dem Hintergrund der oben erörterten Gewohnheiten und Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs der DDR sich auch als Herausforderungen mit unbequemem Charakter herausstellen konnten, kann diese Wertung nicht einschränken.

Mit dem Wegfall von Behinderungen, der Aufhebung von äußeren oder auch verinnerlichten Grenzen und Beeinträchtigungen treten Differenzierungen von

Themen und Methoden, Änderungen von Fragestellungen ein, werden anspruchsvollere Standards, neue Entwicklungstrends, aber auch fragwürdige Moden wirksam, es entsteht eine größere Unübersichtlichkeit. Die entsprechenden Umschichtungen gehen nicht ohne Spannungen vor sich. Einerseits werden in vielen Disziplinen die Themen, Gesichtspunkte und Methoden bereichert, es kehren marginalisierte oder ganz zugrunde gerichtete Fächer zurück, zum anderen stellt sich die Öffnung oft als Abbruch anscheinend bewährter und jedenfalls gewohnter, aber nun fragwürdig gewordener Praktiken dar. Zwar betrifft diese Öffnung und Umstellung einen großen Bereich von Disziplinen, doch sind das Gewicht, das ihnen zukommt, die Voraussetzungen, auf die sie treffen, und die Folgerungen, die sich daraus ergeben, nicht unabhängig von den Bedingungen der verschiedenen Fächergruppen und dem unterschiedlichen Grad, in dem sie dem Zugriff der Staats- und Parteiräson unterlagen.

Bevor diese Bedingungen ins Auge zu fassen sind, muß die Bedeutung der Öffnung und Differenzierung, des Übergangs zur wissenschaftlichen Normalität als Folge des Endes realsozialistischer Zwänge noch einmal nachdrücklich vor Augen gestellt werden. Nicht nur offenkundig voreingenommene Rückblicke, sondern oft auch abwägende Bilanzierungen¹¹ verlieren leicht über kritisch zu wertenden Momenten in den Ergebnissen des Einigungsprozesses die Realität der Gängelung und Überfremdung von Lehre und Forschung im realen Sozialismus aus dem Auge. Nicht nur die tatsächliche Einmischung der Parteiinstanzen in beliebige inhaltliche, institutionelle und vor allem personelle Aspekte der Wissenschaft, sondern vor allem die allgegenwärtige Möglichkeit solcher Einmischung haben die Wissenschaft, wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, deformiert. Dieser gravierende Verlust an Normalität muß in Betracht gezogen werden, damit der nicht immer glänzende, aber eben doch eigenständige und durchaus erfolgreiche Normalzustand der Wissenschaft, der im Gefolge der Vereinigung in der Wissenschaft der neuen Länder eingetreten ist, als der Gewinn verstanden werden kann, der er trotz aller offenen Wünsche und möglichen Einwände wirklich ist. Dies zu akzentuieren, ist notwendig, weil unter diesem Blickwinkel deutlich wird, daß im Sinn der Gesamtbilanz der in verschiedener Hinsicht kritikbedürftige Zustand normaler Wissenschaft, der sich in Ostdeutschland zu etablieren beginnt, ausdrücklich und unzweideutig als Gewinn zu werten ist.

Bei dem Versuch, den Problemen der Wissenschaften in ihren fachspezifischen Bedingungen gerecht zu werden, ist zunächst einzusetzen bei dem komplizierten Selbstverständnis, mit dem Wissenschaftler in der DDR zu leben gewohnt waren.

¹¹ Ein Beispiel ist die Studie von Pasternak (1996), die eine auf sachlicher Dokumentation beruhende Darstellung aus ostdeutscher Sicht im Kontrast zu Steinwachs (1993a) gibt.

Zum verordneten, offiziellen Welt- und Selbstbild des real existierenden Sozialismus gehörte ein teils trivialer, teils mit intellektuellem Anspruch vorgetragener Überlegenheitsglaube auch in der Wissenschaft.¹² Die Begründungsstrategie dieses Anspruchs stützte sich im Konfliktfall auf die Logik der Parteilichkeit, die 'Objektivismus' unter Verdikt gestellt hatte, kam aber weithin mit der These vom geschichtlichen Vorsprung des eigenen Systems aus. Diese Wertung war nun in dem Maß, in dem es um wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn ging, für das Selbstverständnis der Forscher in der DDR problematisch, unakzeptabel oder schlicht gegenstandslos - je nach dem Arbeitsgebiet und seiner Abhängigkeit oder zumindest substantiellen Unabhängigkeit vom Marxismus-Leninismus. Anders ausgedrückt, auch für einen großen Teil der Wissenschaftler in der DDR galten im Grundsatz die Maßstäbe und Kriterien der internationalen Scientific Community. Wissenschaftliche Geltung konnte insoweit auch intern nur das haben, was sich nach den allgemeinen Kriterien und Spielregeln des Faches durchsetzen konnte.

Wo diese Verpflichtung auf rationale Argumentation auch bei unterschiedlichen Positionen ihre Grenze hatte, ist nicht durch eine einfache Aufteilung der Fächer zu bestimmen. Natürlich sind die Naturwissenschaften dem allgemeinen Methodenkanon und der Bemessung am auch anwendbaren Ertrag strikter verpflichtet, als das für verschiedene Zweige der Geistes- und Sozialwissenschaften gilt, die im realen Sozialismus ja programmatisch als Gesellschaftswissenschaften zusammengefaßt wurden. Eine einfache Zweiteilung erscheint jedoch unzutreffend, hat es doch zum einen ideologische Einmischungen wiederholt auch im Bereich der Naturwissenschaften gegeben, etwa in den dogmatischen Auseinandersetzungen um die Genetik oder in den Abwehrversuchen gegenüber den Anfängen der Kybernetik, und zum anderen sind immer wieder Kampagnen um Grenzbereiche zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaft geführt worden. Die Psychologie etwa ist ein Beispiel für sehr unterschiedliche Formen von Abhängigkeit, Argumentationsstil und Wissenschaftlichkeit; während insbesondere die pädagogische Psychologie massiven Parteieinflüssen ausgesetzt war, konnte sich die allgemeine und die klinische Psychologie weitgehend gegen solche Deformationen schützen - mit entsprechenden Folgeerscheinungen bei der Evaluierung und Umstrukturierung der entsprechenden Institutionen und Projekte. Aber auch in der Philosophie oder der Geschichtswissenschaft sind unschwer Felder aufzuweisen,

¹² Die triviale Version stellt etwa die in den 60er Jahren von Walter Ulbricht in Umlauf gesetzte Losung 'Überholen ohne einzuholen' dar; anspruchsvollere Überlegenheitsansprüche lassen sich bis hinein in Dissidentenpositionen verfolgen, etwa in Havemann (1990) und noch zuletzt in dem von einer merkwürdigen Koalition getragenen Aufruf 'Für unser Land' vom November 1989.

die sich nach den Bedingungen international verbindlicher Kriterien entwickelt und auch so verstanden haben¹³. Das gleiche gilt für die verschiedenen Zweige der Sprach- und der Literaturwissenschaft, die eigenständige Felder zu verteidigen hatten einerseits gegen Maßnahmen, die Relikte bürgerlicher Wissenschaft an den Rand drängen sollten, andererseits gegen massive Bestrebungen, die Fächer ideologisch zu instrumentalisieren. In all diesen Bereichen ist aber immer auch ein gewisses Maß an individuellem, von einzelnen Personen oder Gruppen geprägtem Gestaltungsspielraum erhalten geblieben. Tatsächlich war die Einschränkung normaler Wissenschaftlichkeit weniger eine Sache der Disziplinen oder Institutionen als der politischen Kampagnen. Nicht der Strukturalismus als Methode, sondern ein Politbürobeschuß, der dessen parteifeindlichen Charakter behauptete, lösten die repressiven Mechanismen aus. Und Beschlüsse dieser Art kamen häufig genug durch persönliche Interessen und Intrigen, jedenfalls ganz voluntaristisch zustande.

Jenseits dieser Grauzone mit wechselnder und immer wieder unterlaufener Bevormundung liegen die Bereiche der direkten Herrschaftswissenschaften, in denen insgesamt Parteilichkeit an die Stelle wissenschaftlicher Rationalität getreten war, weil sie der unmittelbaren Selbstbestätigung der Parteiherrschaft und der Schulung und Indoktrination von Personal und Nachwuchs zu dienen hatten. Daß Themen und Methoden in diesen Bereichen - vom marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium bis zur sozialistischen Leitungswissenschaft - nicht den Rationalitätskriterien normaler Wissenschaft folgten, ist nicht nur im Rückblick unstrittig, sondern wurde auch in spontanen Schritten der Verschleierung, Umgestaltung oder Auflösung der entsprechenden Einrichtungen noch vor der Vereinigung deutlich gemacht. Bereits im Zuge der Wende und vor der Evaluierung von außen haben universitätsinterne Strukturbeschlüsse z.B. die Einrichtungen für Marxismus-Leninismus umgewidmet oder aufgelöst und sie aus dem Kanon vertretbarer Fächer herausgenommen.

Betrachtet man also die Wissenschaft, soweit die Bindung an den jeweils fachspezifischen Rationalitätscharakter einer Disziplin Geltung hatte, so folgt aus all dem nicht nur, daß sich die Wissenschaftler der DDR keineswegs auf einem Sonderweg der Forschung gesehen haben; es gilt damit auch, daß die Kriterien, denen die Institutionen und Projekte der DDR-Forschung im Vereinigungsprozeß unterworfen wurden, im Prinzip keine von außen aufgenötigten, sachfremden Maßstäbe und Methoden darstellten, daß die Gutachter sich vielmehr inhaltlich-methodisch im Prinzip auf gleiche Weise verstanden wie die Forscher der DDR

¹³ Ein charakteristisches Beispiel sind die Probleme und Konflikte im Bereich der Wirtschaftsgeschichte, die im entsprechenden Kapitel der vorliegenden Studie dokumentiert sind.

selbst. Natürlich wird die Verbindlichkeit gemeinsamer Grundsätze und Normen um so zwangloser deutlich, je stärker naturwissenschaftlich geprägt ein Tätigkeitsgebiet sich darstellt, eine Beobachtung die sich gerade auch in den persönlichen Begegnungen, die zum Arbeitsprozeß des vorliegenden Projektes gehörten, wiederholt gezeigt hat.¹⁴ Aber sie schließt geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen durchaus ein, wie nicht nur die Wirtschaftsgeschichte deutlich macht. Damit wird keineswegs behauptet, daß der Verlauf und die Einzelergebnisse der verschiedenen Evaluierungsschritte tatsächlich und durchweg dieser Feststellung genügen, wohl aber, daß die Maßstäbe und Kriterien, soweit sie internationalen Standards folgten, nicht als unangemessen und für das Wissenschaftssystem der DDR unpassend verworfen werden können. Die differenzierten Ergebnisse des Bewertungsprozesses sind insofern durchaus im Einklang mit den Maßstäben, denen die Evaluierten selbst zu folgen versuchten, auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Insgesamt kann demnach die Verpflichtung auf gemeinsame Gesichtspunkte und Kriterien da nicht bestritten werden, wo ein einheitliches Wissenschaftsverständnis vor und nach dem Einigungsprozeß in Anspruch genommen wird.

Im Hinblick auf den Versuch, Gewinn und Verlust zu bilanzieren, können diese Feststellungen - über die in den Einzelkapiteln ausgewiesenen Details hinweg - zu dem Befund zusammengefaßt werden, daß Themen und Methoden in einem relativ weiten Spektrum für die Wissenschaft der DDR den gleichen Normen und Kriterien verpflichtet waren, die für die Forschung als generell gültig anzusehen sind, wenn man die für eine solche Pauschalfeststellung notwendige Variationsbreite einräumt. Was diese Kriterien nicht erfüllte, was im Evaluierungsverlauf in der Tat auch keinen Bestand hatte und - nicht als Verlust, sondern als Korrektur und Rückkehr zur Normalität - nicht weiterzuführen war, das sind die erwähnten direkten Einflußbereiche des Marxismus-Leninismus, in denen doktrinaire Politikabhängigkeit und auch bornierte Voreingenommenheit den wissenschaftlichen Gehalt überfremdet oder ausgehöhlt haben. Schwierige Grauzonen sind dabei einzuräumen, in denen die Indienstnahme durch Ideologie und Politik einen im Prinzip eigenständigen Bereich beschädigt und bisweilen verödet, aber nicht gänzlich zerstört hat. Ein in diesem Band relativ detailliert dokumentiertes

¹⁴ Ein deutliches Beispiel ist das von Fratzscher und Meinicke dokumentierte Kolloquium *Verfahrenstechnik und Wiedervereinigung*. Die nachdrücklich bekräftigte Kontinuität geht dabei - wie im Beitrag von Kreysa und Hirche, "Die Dechema als Bindeglied zwischen Chemietechnik, Verfahrenstechnik und Biotechnologie" (Fratzscher/Meinicke (1997): 127-143) - über die Zeit der Teilung, Krieg und Faschismus scheinbar ungebrochen zurück bis in die Weimarer Republik.

Beispiel sind die Afrika- und Asienwissenschaften, deren Instrumentalisierung verschiedenartige und zum Teil schwerwiegende Deformationen zur Folge hatte. An dieser Stelle muß ein Bereich thematischer und methodischer Spezifik erörtert werden, für den diese Diagnose nicht greift. Gemeint ist der von Verkrustungen und Verzerrungen zu befreiende Grundimpetus marxistischer Philosophie, Geschichts- und Wissenschaftsauffassung, das, was in verschiedenen Kommentaren der historische im Kontrast zum ideologisierten Marx genannt worden ist. Unzweifelhaft ist dieses Thema zur Problematik des kognitiven Gehalts der Wissenschaften zu rechnen. Aus einer Reihe von Gründen hat die Arbeitsgruppe diese Fragestellung nicht systematisch behandelt.

Zum einen geht es hier um ein Thema grundlegender Art, das nicht erst nach dem Ende des real existierenden Sozialismus und im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung erörtert worden ist, sondern in wechselnden Perspektiven und vielen Zusammenhängen aufgegriffen, instrumentalisiert, kritisch oder apologetisch umstritten worden ist. Zwar sind die Bemühungen um dieses Thema sowohl innerhalb der sozialistischen Staaten wie auch in linken Gruppierungen anderer Länder mit der politischen Wende in ein besonderes Krisenstadium getreten. Doch wurde - möglicherweise zu Unrecht - dieser über den Vorgang der deutschen Vereinigung hinausgreifende faktische Kollaps eines philosophisch-historischen Erklärungsansatzes nicht als Schwerpunkt des Themas Wissenschaft und Wiedervereinigung angesehen. Zum zweiten hat die Arbeitsgruppe die Beantwortung der Frage, worin der von den staatstragend verzerrten Zügen des Marxismus-Leninismus befreite Kern der Marxschen Tradition besteht und wo seine zeitliche und institutionelle Einordnung anzusetzen hätte, nicht eigentlich als ihre Aufgabe betrachtet, in der sicher berechtigten Auffassung, daß dies ein eigenes, vom vorliegenden Projekt deutlich unterschiedenes Vorhaben gewesen wäre. Drittens schließlich wäre die Identifizierung und Wertung der hier eingetretenen oder zu erwartenden Defizite, der Chancen und der hier und jetzt unrealisierbaren Möglichkeiten von mehr und von anderen Faktoren abhängig als denen, die den Vereinigungsprozeß der deutschen Wissenschaft bestimmt haben und noch bestimmen.

Immerhin ist hier festzuhalten, daß die Hypothesen, mit denen dieses Thema vorerst belastet ist, die Verwerfungen, durch die es die Attraktivität früherer Jahrzehnte verloren hat, weniger von den Kritikern kommen, die Skepsis gegenüber dieser Traditionslinie der Gesellschaftswissenschaft hegen, als von denen, die sie kompromittierend in Dienst genommen haben. Zunächst muß also Marx von seinen falschen Freunden befreit, die staatstragende Vereinnahmung abgetragen werden, und dies wird nicht zu einer einfachen Rückkehr zum status quo ante führen können. Erkennbar ist aber, daß manche Spannungen, Reibungen und

Divergenzen, die im Einigungsprozeß zu Tage getreten sind, auf komplizierte Weise mit eben diesem Problem, nämlich der Kompromittierung einer geistig-ideologischen Orientierung und dem Hinfalligwerden einer ganzen Traditionslinie durch ihre herrschaftsbezogene Indienstnahme verbunden sind. Die Konsequenzen dieser Entwicklung bedrücken natürlicherweise die besonders, die den Zerfall der Orientierung befördert haben und diesen Zusammenhang nicht wahrhaben wollen.

Die in diesem Abschnitt betrachteten inhaltlichen Aspekte lassen sich, soweit Feststellungen zusammenfassender Art überhaupt möglich sind, in vier Punkten resümieren:

Der Wegfall von inneren und äußeren Barrieren bedeutet für die Wissenschaft der ehemaligen DDR die Rückkehr zu allgemeiner wissenschaftlicher Normalität und ermöglicht damit thematische und methodische Bereicherungen.

Dabei werden Themen und Methoden, die im Prinzip immer schon den Kriterien und Orientierungen allgemeiner Wissenschaftsentwicklung gehorcht haben und insofern ein DDR-Spezifikum allenfalls im geographisch-organisatorischen, nicht im inhaltlichen Sinn darstellen, erhalten und weitergeführt, soweit nicht institutionelle Änderungen die Kontinuität einschränken oder aufheben.

Themen und Verfahren, die Wissenschaft nur in politikabhängig deformierter Weise darstellen, sind weggefallen, zum Teil bereits vor der Vereinigung und ohne westliche Einwirkung, zum Teil als Folge des Evaluierungsprozesses.

Themen und Entwicklungen, die zur genuin marxistischen Tradition gehören, verlieren aufgrund kompromittierender Deformationen ihre Geltungskraft und werden weitgehend suspendiert.¹⁵

6 Innovative Problemlösungen: Befunde und Erwartungen

In diesem Abschnitt ist die inhaltliche Bilanz zu ergänzen durch einen Aspekt, der den Ertrag und das Weiterwirken DDR-spezifischer Wissenschaftsmomente betrifft. Die hier gemeinte Spezifik kann nicht auf Politiknähe oder ideologischer Bevormundung beruhen, weil im eben erörterten Sinn wissenschaftliches Interesse nicht zu erwarten wäre.

¹⁵ Das heißt übrigens keineswegs, daß die Grundlagen dieser Tradition nicht mehr respektiert werden. So ist zum Beispiel die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften als wesentlicher Träger an der Weiterführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe im Rahmen des Langzeitvorhaben-Programms beteiligt.

Zu den wiederkehrenden Motiven, die als Zeichen spezifischer und zugleich erhaltenswerter DDR-Meriten geltend gemacht werden, gehört die Fähigkeit, Nöte in Tugenden zu verwandeln. Dieses Motiv ist für mancherlei Entwicklungen in der Wissenschaft ebenso in Anspruch genommen worden wie für unterschiedliche Erscheinungen alltäglicher Praxis. In der Tat sind nicht wenige der hier zuzuordnenden Beispiele für DDR-typisches Leistungsvermögen Reaktionen auf charakteristische Mangelercheinungen und Zwänge des realen Sozialismus. Jeder wußte von mehr oder weniger komplizierten Wegen, auf denen durch Tausch, Leihen und Kopieren an eigentlich unzugängliche Literatur zu kommen war. Die Akademie der Wissenschaften der DDR hatte ein eigenes Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau entstehen lassen, das in der Endphase mehr als 1700 Mitarbeiter mit der Kompensation für das Fehlen industriell gefertigter und angebotener Forschungstechnik beschäftigte. Dabei konnten Notlösungen mit beträchtlichem Feingehalt zustande kommen. In gewissem Sinn gehören hierher sogar wissenschaftsstrategische Grundsatzentscheidungen, durch die wachsende Bereiche der Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften zu unmittelbar anwendungsorientierter Industrieforschung umgestaltet wurden. Ungeachtet der Fragwürdigkeit dergestalt uneffizienter Kräftebindung sind diese Fähigkeiten mit dem Wegfall des Anlasses gegenstandslos geworden, nicht nur institutionell aufgelöst, sondern auch sachlich ebenso überflüssig wie obsolet. Zunächst nicht ohne Stolz in das Selbstverständnis der Betroffenen aufgenommen, sind solche Fertigkeiten nicht überlebensfähig: Mit dem Wegfall der Beschränkungen sind sie nicht mehr gefragt, dieser Typ des spezifischen Know-how überlebt so wenig wie Anachronismen generell.

Das gilt nicht für eine Reihe von Fällen, wo spezifische Problemstellungen zu genuinen Lösungen geführt haben, die nicht als Verlegenheiten hinfällig werden. Damit ist ihre künftige Akzeptanz allerdings keineswegs schon gesichert. Die Teilprojekte Biomedizin und Verfahrenstechnik haben Beispiele erfaßt, die aus DDR-spezifischen Organisationsformen und Aufgabenstellungen zu besonderen Methoden und Ergebnissen geführt haben, deren Weiterführung ein offenbar sinnvolles Ziel wäre. Zwei Beispiele aus dem Projektteil Biomedizin sowie Kernpunkte aus dem Kapitel Verfahrenstechnik können das illustrieren.

1. Bielka und Hohlfeld erläutern im Zusammenhang eines epidemiologischen Problems das 'Krebsregister der DDR', in dem klinische, diagnostische und therapeutische Daten aller bösartigen Tumore, die der Meldepflicht unterlagen, erfaßt und der Forschung zugänglich gemacht wurden. Daraus lassen sich theoretisch interessante und praktisch wichtige Erkenntnisse über das Geschwulstgeschehen in einer geschlossenen Population gewinnen. Die Weiterführung des Registers, das eine DDR-spezifische Möglichkeit medizinischer Forschung war, ist recht-

lich konsequent den Datenschutzbestimmungen der Bundesrepublik zum Opfer gefallen - eine schwierige Güterabwägung am Rande des Einigungsprozesses und ein bedauerlicher, aber kein verallgemeinerungsträchtiger Verlustbefund.

2. Für bestimmte Krankheiten, z.B. Diabetes mellitus, Rheumatismus und andere, waren im ärztlichen Betreuungsdienst der DDR sogenannte Dispensairs festgelegt, Einrichtungen, in denen die Patienten wohnortnah erfaßt und durch entsprechende Fachärzte betreut wurden, so daß eine hohe Fachkompetenz für die Betreuung gesichert war. Die Regelungen der ärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik ermöglichen jedem praktischen Arzt jede Behandlung, auch wenn er keine spezialisierte Zuständigkeit erworben hat. Obgleich es sich hier vor allem um medizinische Betreuung und nicht eigentlich um Forschung handelt, ist der unterschiedliche Regelungscharakter erkennbar, der Folgerungen für Ausbildung und Forschung hat. Auch hier sind rechtliche Festlegungen, nicht wissenschaftliche Motive der Grund für das Auslaufen eines DDR-Modells.

Spezifika dieser Art, die ohne spektakuläres Aufsehen zu erregen verlorengegangen sind, wären zweifellos vielfach zu konstatieren, freilich ohne daß daraus strategische Folgerungen gezogen werden könnten. Sie liegen vielfach im Spannungsfeld zwischen zwei Gütern oder Prioritäten, wobei selbstredend das bundesdeutsche Normensystem den Ausschlag gegeben hat.

3. Daß umgekehrt bestimmte interdisziplinäre Amalgame, die zwar DDR-spezifisch geprägt waren, aber einer internationalen Entwicklung entsprachen, eine fast selbstverständliche Weiterführung erreichen konnten, belegt die Teilstudie zur Verfahrenstechnik. Die im Rahmen allgemeiner technologischer Entwicklungen verfolgte Integration von Ingenieurwissenschaft und Chemie hat gewisse Akzentsetzungen erfahren, deren Fortbestehen eher eine Frage der sachlichen Bewährung als der vereinigungsbedingten Durchsetzung sein dürfte, wobei nicht zuletzt die Kompetenz des Personals in den ostdeutschen Institutionen die zumindest lokale Kontinuität der spezifischen Orientierung sichern dürfte. Offen bleibt dabei die Frage, ob das zu einer Rückwirkung auf vergleichbare Einrichtungen an anderen Stellen führt.

In einzelnen Fällen lassen sich schließlich auch Beispiele aus den Geistes- und Sozialwissenschaften nennen. Erwähnt wurde bereits die aus sozialistischer Tradition stammende, aber nach streng philologischen Kriterien fortgesetzte Marx-Engels-Gesamtausgabe.¹⁶ Dieses Unternehmen stellt zwar ein vollkommen kanonisches Editionsprojekt dar, wäre aber ohne die marxistisch inspirierte Etablierung gewiß nicht in Angriff genommen worden. Nicht ungünstig sind auch die Perspektiven für ein ebenfalls in aufgeklärt marxistischer Perspektive angelegtes

¹⁶ Vgl. Anm. 15.

'Historisches Wörterbuch ästhetischer Grundbegriffe', das zu den späten Initiativen des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der AdW der DDR gehörte und jetzt als DFG-gefördertes Projekt fortgesetzt wird.

Insgesamt besagen diese eher zufällig angeführten Beispiele, daß da, wo Themen oder Verfahrensweisen aus DDR-geprägten, aber nicht unmittelbar dem Herrschaftssystem zuzurechnenden Bedingungen hervorgegangen waren, die Weiterführung den manchmal systematischen, manchmal zufälligen Bedingungen der Vereinigung unterlag. Neben juristischen Aspekten konnten dabei inhaltliche Momente hinderlich sein, vor allem aber war die personelle Durchsetzungskraft für den Fortbestand förderlich.

7 Zusammenfassung, Ausblick

Wenn man sich zutraut, den methodisch-inhaltlichen Aspekt der Wissenschaftsentwicklung nach der deutschen Vereinigung über die verschiedenen fachlich und institutionell bedingten Variationen hinweg zusammenzufassen, so ist die Bilanz ziemlich eindeutig ein moderater Gewinn von deutlich konservativem Charakter - konservativ in dem Sinn, daß der Erhalt des bestehenden Kanons der Bundesrepublik das dominierende Moment darstellt, und zwar in den alten *und* den neuen Ländern.

Im institutionellen Bereich, der hier nur zu betrachten war, insofern er den Rahmen für personelle und durch sie bedingte inhaltliche Entwicklungen bildet, ist die Übertragung der Strukturen der alten Bundesländer im wesentlichen erfolgreich gelungen, was freilich bedeutet: mit den bereits vor der Vereinigung erkennbaren Problemen und Defiziten. Weniger konservativ ist der Befund im personellen Bereich, wo die institutionellen Bedingungen der Rahmen für weitgehende Umschichtungen und auch beträchtliche Reduzierungen geworden sind. Neben der notwendigen Korrektur der politisch bedingten Deformationen im Personalbestand sind dabei auch ungute Entwicklungen eingetreten. Die fatalste ist das weitgehende Scheitern des Wissenschaftler-Integrations-Programms WIP, durch das evaluierte, positiv bewertete Wissenschaftler in universitäre Forschungsstrukturen eingegliedert werden sollten. Insgesamt ist mit der gewollten und notwendigen, aber doch oft nicht zustande gekommenen¹⁷ 'Durchmischung' eine merkbare Asymmetrie in der personellen Prägung entstanden, die den Ein-

¹⁷ Nicht geglückt ist die Durchmischung in Bereichen, in denen sie aus mehr oder weniger legitimen und zwangsläufigen Gründen auch nicht ernsthaft angestrebt wurde. Ein deutliches Beispiel stellt der Bericht über die Rechtswissenschaften in diesem Band vor

fluß des ostdeutschen Personals über das quantitative Verhältnis hinaus zurückgedrängt hat.

Damit wird weitgehend verständlich, daß auch in inhaltlicher Hinsicht der Aufbruch, das Überraschungsmoment der Vereinigung nicht stattgefunden hat. Ob er aus der Begegnung des Verschiedenartigen, sich wechselweise Verfremdenden hätte hervorgehen können, erscheint eher fraglich. Denn die sogenannte Wende in der DDR hatte Ansätze hervorgebracht, die neu vornehmlich im Vergleich zur vorherigen Reglementierung waren, kaum aber im Vergleich zur internationalen Wissenschaftsentwicklung. Themen wie Frauenemanzipation, Kulturwissenschaft oder Klimaforschung waren ja keine den ostdeutschen Besonderheiten zu verdankenden Gegenstände.

Tatsächliche Besonderheiten, die im ostdeutschen Kontext entstanden waren und auf undramatische Weise eigene Themen und Techniken in das Gesamtbild würden einfügen können, haben wenig ernsthafte Chancen. Die Gründe dafür sind diffus und jedenfalls nicht das Ergebnis strategischer Entscheidungen, eher Begleiterscheinungen struktureller und personeller Veränderungen. Auch das einzige systematische Defizit - das verlorene Interesse an der emanzipatorischen Marx-Tradition - ist nicht das Ergebnis gezielter Orientierung, sondern der Überfremdung der zugehörigen Motivation.

Die institutionellen, personellen und kognitiven Bedingungen für diesen allgemein auf den status quo gerichteten Befund - soweit man normale Wissenschaft auf den status quo festlegen kann - wurden in den Grundzügen skizziert. Man mag daran die Überlegung knüpfen, daß das, wodurch der Erkenntnisprozeß über den status quo hinausgeht, nämlich die Möglichkeit neuer Fragen und Perspektiven, ohnehin kaum aus organisatorischen Bedingungen kommt, sondern gerade in dem besteht, wodurch Wissenschaft als gesellschaftliches Unterfangen doch ein autonomer Bereich ist.

Dies freilich kann abschließend zu der Frage führen, ob der Einigungsprozeß nicht Themen blockiert hat, deren Auftauchen längst vor diesem Prozeß begonnen hatte und die sich erst allmählich, aber mit der Macht übergreifender Sachzwänge gegen den Vereinigungstrubel und Umbaueifer wieder durchsetzen können. Die Änderungen, denen die Struktur der Gesellschaft über die deutschen Probleme hinaus unterliegt, der Wandel der Arbeit und der Wissensbestände, auf denen sie beruht, sind vermutlich gravierender als das, was die Reflexion auf den Einigungsprozeß ins Auge fallen läßt. Sofern dies der Fall ist, wäre die Wiedervereinigung selbst, nicht das Erbe des östlichen oder des westlichen Teils des Systems, ein retardierendes Moment für den kognitiven Gehalt der Wissenschaft. Das Zurückbleiben der Bearbeitung zentraler Themen als gemeinsame Nachwirkung des Einigungsprozesses - ein fragwürdiger Aspekt des Einigungsprozesses, der

möglicherweise nicht auf die Wissenschaft beschränkt ist, sondern auch für andere Bereiche der jüngsten deutschen Zeitgeschichte charakteristisch sein könnte.

Literatur

- Fratzscher, Wolfgang & Klaus-Peter Meinicke (Hg.) (1997): *Verfahrenstechnik und Wiedervereinigung*, Berlin
- Havemann, Robert (1990): *Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung*, Berlin
- Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI AdW) (1994), Berlin
- Mayntz, Renate (1994): *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*, Frankfurt/M.
- Pasternack, Peer (1996): *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur*, Leipzig
- Reich, Jens (1996): *Forschung in Deutschland-Ost und Deutschland-West*. In: *Spektrum der Wissenschaft*, Nr. 12, S. 51-53
- Simon, Dieter (1992): *Die Quintessenz: Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51, S. 29-36
- Steinwachs, Burkhard (Hg.) (1993a): *Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR*, Bd. 1: *Berichte*, Konstanz
- Steinwachs, Burkhard (Hg.) (1993b): *Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR*, Bd. 2: *Projekte*, Konstanz